

Infosheet aus dem Salzburger EU-Verbindungsbüro Brüssel

Übermäßige Verwaltungsbelastung durch EU-Vorschriften? Der Ausschuss der Regionen sucht Beispielfälle aus Regionen und Gemeinden

Am 20. Juni 2016 hat der *Ausschuss der Regionen* eine gezielte Umfrage zur Erhebung übermäßiger Verwaltungsbelastung durch EU-Vorschriften lanciert.

Die Daten erhebt das EU-Gremium der politisch legitimierten Vertreterinnen und Vertreter aus den Regionen, Gemeinden und Städten in Zusammenarbeit mit dem *Center for Global Governance Studies* an der Katholischen Universität Leuven (KU Leuven, Belgien).

Die Ergebnisse der Umfrage sollen in eine [REFIT](#)-Studie einfließen, die analysiert, welche EU-Vorschriften mit besonders hohem Verwaltungsaufwand einhergehen.

Weiters untersucht die Studie, wie die betroffenen EU-Vorschriften sinnvoll angepasst werden können, ohne dass die geltende Rechtssicherheit dadurch beschädigt wird.

Schließlich widmet sich die Studie der Frage des Kostenaufwands für die Umsetzung von EU-Vorschriften.

Der [Fragebogen](#) ist auf Englisch verfügbar, die Antworten können auf Deutsch eingetragen werden.

Der Ausschuss der Regionen erhofft sich Beiträge von Ämtern und Behörden vor Ort.

Die Einreichfrist endet am **5. Juli 2016**.

Direktlink zum Fragebogen: <https://www.surveymonkey.com/r/GGSREFIT>

Kontakt für Rückfragen: Dr. Pierre Schmitt, KU Leuven, E-Mail: COR@ggs.kuleuven.be